

16. Oktober 2014

## **Offener Brief an den Ortsvorstand, Arbeitskreise, Ausschüsse und Stadtteilgruppen der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin und an die DGB Bezirksleitung**

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir vom Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin sind erschrocken über die Räumung des von Flüchtlingen sieben Tage lang besetzten DGB-Hauses und sehen es als einen falschen Schritt, dessen Signalwirkung nicht nur hinter der Beschlusslage des DGB-Kongresses, sondern auch der ansonsten liberalen Kultur des Hauses zurückbleibt. Das kurz vor der Räumung eigens aus diesem absehbaren Anlass am Haus befestigte Transparent „Flüchtlinge unterstützen – ja! Unser Haus besetzen – nein!“ irritiert uns umso mehr. In der Presse stand im Vordergrund, die im Hause befindlichen Migrationsberatungen und andere Beschäftigten seien an ihrer Arbeit behindert worden, der DGB-Landesbezirk mit der Situation überfordert und sowieso mit seiner Geduld am Ende gewesen.

Zwei Jahre kämpfen die Flüchtlinge um die Verbesserung ihrer Aufenthalts- und Lebensbedingungen in Berlin. Die mit der Integrationssenatorin Dilek Kolat im März 2014 verhandelte Vereinbarung hatte den Flüchtlingen eine individuelle Prüfung ihrer Fälle versprochen sowie möglichst die noch in anderen Bundesländern anhängigen Verfahren nach Berlin zu bringen. Dafür brachen in Hungerstreik befindliche Flüchtlinge ihren Streik ab, bauten das Camp auf dem Oranienplatz ab und verließen die Gerhart-Hauptmann-Schule. Viele Flüchtlinge wurden dennoch nach dem Abschluss der Vereinbarung aufgefordert in ihre Bundesländer zurückzukehren, 108 Anträge wurden abschlägig beschieden. In einem von Innensenator Frank Henkel in Auftrag gegebenem Gutachten wurde die Vereinbarung nun Anfang September 2014 für ungültig erklärt, weil Dilek Kolat als Integrationssenatorin außerhalb ihrer Zuständigkeit gehandelt und damit nicht die formale Berechtigung zum Unterschreiben gehabt habe. Damit verweigert es der Senat, seine gemachten Zusagen an diejenigen Flüchtlinge einzuhalten, die sich mit der Vereinbarung einverstanden erklärten, und fordert damit weitere Proteste und eine Zuspitzung ihrer Lage heraus.

Der DGB hat in seinen gemeinsam mit Pro Asyl und dem Interkulturellen Rat in Deutschland herausgegebenen Positionen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik anlässlich der Bundestagswahl 2013 eindeutig formuliert: Die Antwort auf zunehmende Flüchtlingsströme nach Europa darf nicht die Abschottung von Europas Grenzen sein, sondern den Flüchtlingen ist eine gefahrenfreie Einreise, eine menschenwürdige Aufnahme, Schutz sowie ein faires Asylverfahren zu gewähren.

Auch der DGB-Bundeskongress hat im Mai dieses Jahres einen Beschluss gefasst, in dem gefordert wird: „Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, kann dazu genutzt werden, illegale Beschäftigungsformen, Ausbeutung, Menschenhandel und Lohndumping zu vermeiden. Asylbewerber müssen menschenwürdig wohnen können, familiärer Zusammenhalt muss gewährleistet werden, und es muss Angebote zur Integration geben, die auf die Aufnahme von Erwerbstätigkeit (z.B. Sprachkurse, Qualifizierung, bessere Anerkennung ausländischer Berufs- und Ausbildungsabschlüsse) vorbereiten.“

Die Situation wurde wie folgt beschrieben: „Asylbewerber dürfen im ersten Jahr des Aufenthalts nicht arbeiten. Deshalb werden sie häufig in illegale Beschäftigungsformen gedrängt, bei denen sie Ausbeutung, Menschenhandel und Lohndumping ausgesetzt sind. Asylbewerber leben meist in menschenunwürdigen Gemeinschaftsunterkünften, bei denen weder ein familiärer Zusammenhalt, noch Angebote zur Integration und Vorbereitungen zur Aufnahme von Erwerbstätigkeit gewährleistet sind. Weitere Forderungen des Beschlusses sind eine verbesserte medizinische Versorgung und Unterstützungsleistungen sowie der Abbau von Hindernissen wie der Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen, die eine Arbeitsaufnahme für Asylsuchende zusätzlich erschweren.“

Der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg fördert mit seinem breiten Angebot an Beratungsstellen für Migranten, prekär und illegal Beschäftigte und seiner „Offenes Haus“-Politik auch, dass Hilfesuchende nicht nur in arbeits-, sozial- und aufenthaltsrechtlichen Fragen unterstützt werden, sondern ihrer gesellschaftlichen Isolierung entgegen gewirkt wird.

Angesichts dieser aktuellen Situation der organisierten Flüchtlinge in Berlin, ist der verzweifelte Versuch durch eine Besetzung den DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg zu mehr konkreter Unterstützung und Solidarität aufzufordern, nachvollziehbar. Den DGB Forderungen müssen Taten folgen!

Statt die Gemeinsamkeiten der von den Flüchtlingen während der Besetzung thematisierten politischen Forderungen hervorzuheben hat der DGB-Landesbezirk jedoch auf sein von den Flüchtlingen verletztes Hausrecht bestanden. Damit hat der DGB Berlin-Brandenburg die Flüchtlinge medial in ihrer Not- und Konfliktsituation mit dem Berliner Senat allein stehen lassen und v.a. diejenigen unter den BesetzerInnen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus der Strafverfolgung und damit einem erhöhten Abschiebungsrisiko ausgesetzt. Angesichts der Ereignisse um die ungültig erklärte Vereinbarung seitens des Senats setzt die Räumung des DGB-Hauses von den nach Unterstützung suchenden Flüchtlingen damit ein politisch fatales Signal.

Gerade jetzt gilt es die Marginalisierung des Protests der Flüchtlinge sowie einer weitergehenden gesellschaftlichen Isolierung aus gewerkschaftlicher Sicht entgegen zu treten: Auch den Flüchtlingen muss wie anderen Gesellschaftsgruppen eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und eine Teilnahme an ihren Veranstaltungen und Angeboten ermöglicht werden. Der DGB Landesbezirk kann – auch angesichts seiner eindeutigen Beschlusslage und Grundsatz-Positionen – mit seinen Mitgliedsgewerkschaften diesbezüglich politisch aktiv werden.

Es gilt ein klares Zeichen zu setzen für faire Asylverfahren und eine Änderung der Asyl- und Einwanderungspolitik auf EU- wie auf Länderebene!